Bericht über die Sitzung des Gemeinderates Rechtenbach vom 12.10.2026

(Vom Gemeinderat nicht förmlich genehmigte Fassung)

TOP 01	**Begrüßung durch den Bürgermeister und Genehmigung der Niederschrift vom 14.09.2026**

Der Erste Bürgermeister erklärt die anberaumte Sitzung für eröffnet und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Anwesenheit der Mitglieder des Gemeinderates fest.

Der Vorsitzende stellt weiter fest, dass die Mehrheit der Mitglieder des Gemeinderates anwesend und stimmberechtigt ist.
Der Gemeinderat ist daher beschlussfähig (Art. 47 GO).

Die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung vom 14.09.2026 wurde zugestellt. Einwendungen werden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt daher als genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0

TOP 02	**Information des Caritasverbandes zur Reform des Bayerischen Kinderbildungs- und betreuungsgesetzes (BayKiBiG)**

Der Caritasverband für den Landkreis Main-Spessart e.V. legte die Buchungsvereinbarung des Kindergarten Rechtenbach vor. Weiter wurde das Schreiben vom 16.09.2026 zur Kenntnis gegeben, aus dem der Vorschlag des Caritasverbandes hervorgeht, dass die Beitragsordnung für das Kindergartenjahr 2026/2027 unverändert beizubehalten ist. Ab 1. Januar 2027 wird allerdings der bisherige staatliche Elternbeitragszuschuss von 100 Euro für Kinder ab drei Jahre entfallen. Damit sollen künftig die regulären Elternbeiträge gemäß der bestehenden Beitragsordnung von den Eltern zu zahlen sein. Eine Anpassung der Elternbeiträge zum Kindergartenjahr 2027/2028 bzw. zum 1. Januar 2028 halte der Caritasverband derzeit noch zu verfrüht. Er möchte die tatsächliche Auswirkung der Reform und die Entwicklung der Finanzierung abwarten.

Der anwesende Geschäftsführer des Caritasverbandes, Herr Florian Schüssler informierte über das Bayerische Kinderbildungs- und betreuungsgesetz. Ziel sei es mehr Geld in das System zu bekommen. Qualitätsboni gingen bislang an der Kommune vorbei. Insgesamt verbessere sich die Finanzierung auf den ersten Blick. Seit April 2019 gab es ein „Steuergeschenk“ für Kinder ab 3 Jahre mit dem Beitragszuschuss von 100 €. Dieser Betrag wurde bisher vom Regelbetrag abgezogen. Ziel sei es nun laut Freistaat Bayern dieses Geld, das an die Eltern ausgeschüttet wurde, nun direkt an die Einrichtung zu geben. Die Beiträge erhöhen sich somit theoretisch nicht.
Es gehe um einen Betrag in Höhe von 28.600 € mehr, der nun gemeinschaftlich von den Eltern getragen werde.

Erster Bürgermeister Christian Lang äußerte die Gefahr, dass Eltern weniger Stunden buchen könnten und das einkommensschwache Eltern sich den Kindergarten nicht mehr leisten könnten.

Herr Schüssler entgegnete, dass er dieses Risiko mit einem Stundensatz von 1,21 € pro Kind nicht sehe. Einkommensschwache Eltern können einen Antrag für die finanzielle Unterstützung stellen.

Herr Schüssler wies darauf hin, dass der Rechtenbacher Kindergarten gegenüber anderen Kindergärten in der Region 60 € bis 80 € monatlich günstiger wäre.

3. Bürgermeister Stefan Durchholz fragte, ob eine schrittweise Erhöhung in Frage kommen würde.

Herr Schüssler gab zu bedenken, dass bei einer schrittweisen Erhöhung das Defizit der Gemeinde erhöht werden würde. Bei dem aktuellen Defizit seien auch der Gebäudeunterhalt und die Kostensteigerungen nicht beinhaltet.

Weiter teilte Herr Schüssler mit, dass eine Kostensteigerung im Jahr 2028 und 2029 noch kommen würde, jedoch die größte Erhöhung wäre die monatliche Steigerung von 100 € ab 2027.

Der Caritasverband empfehle allen Kommunen, den Rabatt an die Eltern zu streichen und das Jahr 2027 abzuwarten. 2028 könne dann wieder über die Preise beraten werden, dann, wenn genauere Zahlen vorliegen. Die Kosten sollten dann allerdings auch bei den Krippenkindern angepasst werden, da das Verhältnis zwischen Krippe und Regelgruppe zu hoch sei.

Herr Schüssler teilte weiter mit, dass ein Rückgang der Kinderzahlen zu erkennen sei. In der Gemeinde Rechtenbach wären sie bis jetzt noch stabil, aber für die Zukunft würde dies ein flächendeckendes Problem im gesamten Landkreis werden.

Es wurde kein Beschluss gefasst, eine Diskussion über dieses Thema wurde im nichtöffentlichen Teil behandelt.

TOP 03	**Beratung und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen hinsichtlich des Ausstiegs aus dem Bundesförderprogramm „Kommunaler Sportstättenbau“**

Erster Bürgermeister Christian Lang las den Aktenvermerk der Kämmerin der VGem Lohr a.Main, Frau Günther vom 09.09.2026 vor.

„Am 08.09.2026 sprachen Herr Moritz Durchholz sowie Herr Norbert Durchholz bei uns. vor. Weiter nahmen Jennifer Schmitt (Bauamt) sowie gegen Ende des Gesprächs Erster Bürgermeister Lang teil.

Den Vertretern des TSV wurde nochmals die Notwendigkeit der Begleitung des Verfahrens gemäß Förderrichtlinien durch einen akkreditierten Energie-Effizienz Experten für Nicht-Wohngebäude dargelegt; weiter wurde besprochen, dass das Erreichen der vorgegebenen Effizienzklasse nach Abschluss der Baumaßnahmen Grundvoraussetzung dafür sei, dass eine Förderung ausgezahlt werde. Übereinstimmend kam man zu dem Ergebnis, dass das Förderprogramm, dessen Anspruch an ein Effizienzgebäude Stufe 85 bei Sanierungen bestehender Substanz nur durch eine ganzheitliche Betrachtung und ein umfangreiches Maßnahmenpaket erreichbar wäre, nicht passend für den Sanierungsgedanken (gemäß Aufstellung) des TSV sei. Für den TSV sei vielmehr der Austausch der Heizungsanlage vordringlich, sowie im Weiteren die barrierefreie Ausgestaltung des Eingangsbereichs und den Einbau barrierefreier Toiletten im Erdgeschoss. Vermutlich seien die vorgegebenen energetischen Förderziele nicht (da z.B. die Bodenplatte nicht gedämmt ist) oder nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten erreichbar. Sinnvoller wäre es, einzelne Maßnahmen nacheinander durchzuführen und nach passenden Einzelförderungsprogrammen zu suchen. Der TSV erhoffe sich in diesem Fall eine möglichst großzügige finanzielle Beteiligung an den Maßnahmen. Frau Schmitt bot an, auch hinsichtlich möglicher Förderprogramme zu unterstützen. Folgende weitere Vorgehensweise wurde besprochen:

Herr Norbert Durchholz arbeitet ein Konzept für eine neue Heizungsanlage aus. Mit diesem Konzept holt der TSV mindestens 3 Angebote von verschiedenen Heizungsbaubetrieben ein. Nach Vorlage der Angebote wird der TSV einen Antrag an die Gemeinde auf Beteiligung an den Kosten stellen, über den der Gemeinderat dann zu entscheiden hat. 2027 soll zur Erarbeitung eines Konzepts sowie zur Einholung von Angeboten genutzt werden; die tatsächliche Ausführung des Heizungsaustausches ist vor 2028 nicht geplant. In diesem Zuge sollte die Gemeinde prüfen, inwiefern eine Trennung der Heizungsanlage (aktuell gemeinsame Versorgung von Turnhalle, Feuerwehrgebäude, Rathaus) bzw. die weitere gemeinsame Versorgung mit klarer Schnittstellentrennung und Finanzierungsaufteilung umgesetzt werden kann.‘‘

Der Gemeinderat stimmt dem Ausstieg aus dem Förderprogramm zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	1
Persönlich beteiligt:	0

TOP 04	**Verschiedenes**

TOP 04 A	**Weihnachtsmarkttreffen**

Erster Bürgermeister Christian Lang teilte mit, dass das Weihnachtsmarkttreffen wieder stattfindet.

TOP 04 B	**ATV für die Freiwillige Feuerwehr**

Erster Bürgermeister Christian Lang teilte mit, dass der Feuerwehr ein ATV zur Verfügung gestellt wird. Die Gemeinde müsse keine Kosten für Anschaffung und Unterhalt zahlen.

TOP 04 C	**Seniorenbeauftragter**

Erster Bürgermeister Christian Lang teilte mit, dass ein/e Seniorenbeauftragte/r gesucht werde. Dieser könne dann bei Sitzungen im Landratsamt teilnehmen. Das Amt des Seniorenbeauftragten könne jeder aus der Gemeinde übernehmen. Nähere Infos könne das Landratsamt Main-Spessart geben.

TOP 04 D	**Bildstöckchen im Neubaugebiet**

Gemeinderatsmitglied Thomas Stangl teilte mit, dass das Bildstöckchen im Neubaugebiet fehle. Bürger machten ihn darauf aufmerksam. Der Verbleib des Bildstöckchen blieb unklar.

Anschließend folgte eine nichtöffentliche Sitzung!